

Ä1 Was uns schützt.

Antragsteller*in: Jörg Rostek

Text

Von Zeile 63 bis 65 einfügen:

kritischste Infrastruktur: unsere vielfältige Natur und Artenvielfalt, unsere Umwelt und unser Klima. [Wir sind selbst Teil der Natur.](#) Die Folgen des Klimawandels haben wir in den letzten Jahren europa- und weltweit immer drastischer zu spüren bekommen. Extremwetter haben Leben gekostet, Häuser und

Begründung

Im GRÜNEN Europawahlprogramm im Jahre 2019 wurde das Ziel, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, bereits im ersten Kapitel ausbuchstabiert. Nun, im Jahr 2023, soll es der Wohlstand sein, der geschützt werden soll. Erst auf Seite 31 unter Punkt 9 unter "Gesunde Natur" unter der Überschrift "Unsere Natur bewahren" wird genauer auf Natur- und Umweltschutz eingegangen; beginnend mit dem Satz "Wir sind Teil der Natur." Um diesen Ansatz des Verhältnisses von Mensch und Natur zu unterstreichen und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen im Wahlprogramm weiter vorne zu verankern, bitten wir als Schreibgruppe um Unterstützung zu diesem Antrag.

Ä2 Was uns schützt.

Antragsteller*in: Philipp Mathmann

Text

Von Zeile 79 bis 81:

~~Dabei sind wir bereit, über unseren Schatten zu springen, wenn es bedeutet, dass wir dadurch gemeinsam vorankommen. Verantwortung nämlich, die nicht aufgesetzt, sondern ernst~~ Verantwortung, die ernst gemeint ist, bedeutet immer auch Kompromiss. Europäischer Fortschritt war gerade in einem Europa der

Begründung

Diese Änderung ist in der Schreibgruppe des KVs entstanden:

Der Satz ist überflüssig und im Weiteren zu pathetisch. Es fehlt der sachliche Bezug.

Ä3 Was uns schützt.

Antragsteller*in: Friedrich Bachmair (KV Münster)

Text

Von Zeile 36 bis 39 löschen:

technologischer Wandel und die Klimakrise: Sie alle stellen uns und unsere Gesellschaft, stellen Wirtschaft und Politik vor neue Herausforderungen. ~~Wir müssen deshalb mehr tun, als den bestehenden Wohlstand bloß zu verteidigen.~~ Wir müssen jetzt dort vorangehen, wo die Arbeitsplätze und der Wohlstand der nächsten Jahrzehnte entstehen.

Begründung

sollte hier gestrichen werden, nicht unnötig auf einem noch nicht definierten Wohlstandsbegriff (und auch wessen Wohlstand?) rumreiten

Ä4 Was uns schützt.

Antragsteller*in: Friedrich Bachmair (KV Münster)

Text

Von Zeile 40 bis 41:

Europa zu stärken, ist also kein Selbstzweck; wir tun es, um ~~Ihren Wohlstand, Ihre Freiheit und Ihre, Freiheit~~, Sicherheit und Wohlstand der hier lebenden Menschen zu schützen.

Begründung

der Schutz sollte nicht nur für die Wahlberechtigten (= "ihre" in der ursprünglichen Fassung), sondern für alle Menschen in Europa gelten.

"Wohlstand" ist nicht die erste Prorität.

Ä5 Was uns schützt.

Antragsteller*in: Birgit Wolters (KV Münster)

Text

Liebe Wählerinnen und Wähler,

am 9. Juni 2024 haben Sie die Wahl. Wir stehen vor der Entscheidung, ob wir das erhalten, was uns stärkt, und das stärken, was uns schützt. Es geht um nicht weniger als unseren Frieden und Wohlstand.

Woher wir kommen: ein Europa, das Frieden schafft

Es ist die größte Errungenschaft unseres Kontinents: Wo noch vor wenigen Jahrzehnten Europäer gegeneinander auf dem Schlachtfeld kämpften, überwiegen nun Zutrauen und Zusammenhalt. Wo einst Frontlinien und Stacheldraht trennten, später dann Mauern und Grenzposten, verbindet nun das Bekenntnis zu Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie.

Aus Feinden sind Nachbarn, aus Nachbarn längst Freunde geworden.

Die Europäische Union steht in einer Welt voller Konflikte als Garantin für Schutz und Frieden: Es ist gar nicht lange her, da klang das noch für viele wie selbstverständlich. Mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zerbrach diese Gewissheit.

Dieser Krieg richtet sich gegen den Willen der Ukrainerinnen und Ukrainer, in Frieden zu leben. Er richtet sich gegen ihren Wunsch, Teil der europäischen Familie zu sein und zu bleiben. Er richtet sich aber auch gegen europäische Werte, gegen Demokratie und Menschenrechte – und erinnert uns daran, welchen Schutz die Europäische Union für uns alle bedeutet.

In einer Welt, deren Herausforderungen mitnichten an nationalen Grenzen haltmachen, kann ein starkes und geeintes Europa die Sicherheit bieten, nach der sich so viele Menschen sehnen. Denn wo die Durchsetzungskraft des einzelnen Nationalstaates endet, fängt die der Europäischen Union erst an.

Vor diesem Hintergrund wollen wir Europa schützen, damit es uns schützt. Wir wollen es stärken, weil es uns stark macht. Wir wollen seine Handlungsfähigkeit sichern, um unsere Freiheit zu wahren.

Wohin wir wollen: ein Europa, das Wohlstand mehrt

Frieden in Europa und unser Wohlstand sind untrennbar miteinander verbunden. Mehr noch, ihre Verknüpfung war Ausgangsidee der europäischen Einigung: Die Interessen der einzelnen Staaten sollten derart eng miteinander verwoben werden, dass Krieg fortan „nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich“ werde.

Es war ein Wagnis. Und es gelang. Aus den Ruinen von Krieg und Zerstörung entstand eine politische Ordnung mit geteilten Werten, auf der Grundlage von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, basierend auf Freiheit und Solidarität – der unverzichtbaren Ergänzung wirtschaftlicher Einigung.

Nun stehen wir vor der nächsten großen Aufgabe. Wachsende Spannungen in der Welt, der technologische Wandel und die Klimakrise: Sie alle stellen uns und unsere Gesellschaft, stellen Wirtschaft und Politik vor neue Herausforderungen. Wir müssen deshalb mehr tun, als den bestehenden Wohlstand bloß zu verteidigen. Wir müssen jetzt dort vorangehen, wo die Arbeitsplätze und der Wohlstand der nächsten Jahrzehnte entstehen.

Europa zu stärken, ist also kein Selbstzweck; wir tun es, um Ihren Wohlstand, Ihre Freiheit und Ihre Sicherheit zu schützen.

Im Zentrum unseres politischen Angebots steht eine Infrastrukturunion: aus Wasserstoffnetzen und Glasfaserleitungen, aus Stromtrassen und Schienen, aus Solarpanelen und Windparks, aber auch aus modernen Krankenhäusern und verlässlichen KITAS – aus Institutionen also und Standards, die Gerechtigkeit stärken und Ihre Rechte schützen. Wir wollen Europa ganz wörtlich verbinden.

In einer Zeit, da insbesondere China und die USA massiv in die klimaneutrale Modernisierung ihrer Wirtschaft investieren, brauchen wir eine strategische europäische Investitionspolitik, die dafür sorgt, dass Europa im internationalen Wettbewerb besteht – und sich im Rennen um den ersten klimaneutralen Wirtschaftsstandort der Welt durchsetzt. Wenn wir das Klima schützen, schaffen wir: gute Arbeitsplätze, saubere Infrastruktur und sicheren Wohlstand.

Gute Politik baut indes nicht nur Infrastruktur auf, sondern auch Bürokratie ab: Sie reguliert, wo es die Sicherung des Allgemeinwohls erfordert, hält wichtige Schutzstandards aufrecht – dreht zugleich aber auch unnötige Regulierung zurück, die Wirtschaft und Gesellschaft ausbremst, Investitionen hemmt und den Alltag erschwert.

Indem wir so die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen auf den Märkten der Zukunft sichern, legen wir das Fundament für gute Jobs und faire Löhne, für die Gewinnung von Fach- und Arbeitskräften, für Sicherheit in unsicheren Zeiten. Wir wollen unseren Wohlstand nicht nur für die Wenigen mehren, sondern sicherstellen, dass er bei den Vielen ankommt, die ihn erarbeiten: in der Breite der Gesellschaft.

Indem wir unseren Wohlstand auf klimaneutrale Beine stellen, schützen wir unsere vielleicht kritischste Infrastruktur: unsere vielfältige Natur und Artenvielfalt, unsere Umwelt und unser Klima. Die Folgen des Klimawandels haben wir in den letzten Jahren europa- und weltweit immer drastischer zu spüren bekommen. Extremwetter haben Leben gekostet, Häuser und Ernten, Wohlstand und Arbeitsplätze zerstört.

Indem wir in die Standortvorteile von morgen investieren – erneuerbare Energien und rasche Digitalisierung, modernste Batterietechnik und grüner Stahl oder die Ausbildung unserer Kinder und lebenswerte Dörfer –, bauen wir ein Europa, das Schutz bietet: für seine Bürgerinnen und Bürger, für Sie und uns alle.

Wir wissen: All das gelingt nur europäisch. Europäisch aber gelingt es.

Der Weg dorthin: Verantwortung

Wir wollen Verantwortung übernehmen. Darum bitten wir um Ihr Vertrauen. Wir treten an für eine Politik, die nicht übertönt, sondern überzeugt. Für eine Politik mit klaren Zielen, die zugleich Brücken zur gemeinsamen Lösung baut. Für eine Politik, die Antworten gibt.

Gerade weil wir wissen, dass wir gemeinsam mehr erreichen können als im nationalen Alleingang, wollen wir die Europäische Union demokratischer und nahbarer machen. Wir wollen Europa, unbedingt – aber noch besser. Besser für Sie. Ein Europa, wie es sein könnte.

Dabei sind wir bereit, über unseren Schatten zu springen, wenn es bedeutet, dass wir dadurch gemeinsam vorankommen. Verantwortung nämlich, die nicht aufgesetzt, sondern ernst ist, bedeutet immer auch Kompromiss. Europäischer Fortschritt war gerade in einem Europa der Vielfalt nie die vermeintlich reine Lehre, nie dafür oder dagegen, nie schwarz oder weiß. Wer deshalb den Kompromiss als solchen ablehnt, dem geht es ums Rechthaben, nicht darum, Lösungen zu finden; der nimmt hin, dass das Vertrauen in die Demokratie erodiert; der nimmt in Kauf, dass die Einheit Europas leidet.

Diese Einheit „war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle.“ Was Konrad Adenauer vor rund 70 Jahren sagte, könnte aktueller kaum sein. Vom Traum zur Hoffnung zur Notwendigkeit: Die Europäische Union ist alles davon. Sie mag bisweilen anstrengend sein und ja, sie muss besser werden. Doch sie bleibt der Schlüssel zu einem Leben in Wohlstand und Sicherheit.

Europa hat beides erlebt: dunkelste Kapitel unserer Geschichte, aber auch die Fähigkeit des Menschen, neue Kapitel aufzuschlagen, Freiheit zu erkämpfen und Demokratie zu verteidigen. Wenn wir heute vor gleich mehreren Jahrhundertaufgaben stehen, allesamt menschengemacht, wenn deren Gleichzeitigkeit und Größe auch mal überwältigend wirken mögen, wissen wir als Europäerinnen und Europäer: Die Antwort wird es auch sein – menschengemacht und europäisch.

Was bei alledem zählt, ist nicht, wer gewinnt oder Recht behält. Europäischer Erfolg hat keine politische Farbe. Erfolgreich ist, was das Leben der Menschen in Deutschland und Europa lebenswerter macht. Was uns stärker macht. Was auch Sie schützt.

Eine solche Politik: Das ist unser Angebot an Sie.

Begründung

Die Reihenfolge der Kapitel: A. Wohlstand, B. Gerechtigkeit, C. Frieden, D. Freiheit lässt auch auf eine Wertigkeit schließen, das lässt sich nicht vermeiden. So wirkt es, als sei Wohlstand wichtiger oder grundlegender als Gerechtigkeit, als Frieden, als Freiheit. Gerade bei einem Europa-Wahlprogramm, mit einer europäischen Perspektive auf die aktuellen, globalen Krisen halte ich eine genau umgekehrte Reihenfolge für sinnvoll: Ist nicht Freiheit grundlegend für Frieden, grundlegend für Gerechtigkeit und erst dann ergibt sich Wohlstand? Ich beantrage daher, die Kapitel des Wahlprogramms in eine andere/umgekehrte Reihenfolge zu bringen, insbesondere das Kapitel "Was Wohlstand schützt" nicht an den Anfang zu stellen.

Ä6 Was uns schützt.

Antragsteller*in: Friedrich Bachmair

Text

Von Zeile 58 bis 61:

sichern, legen wir das Fundament für gute Jobs und faire Löhne, für die Gewinnung von Fach- und Arbeitskräften, für Sicherheit in unsicheren Zeiten. ~~Wir wollen unseren Wohlstand nicht nur für die Wenigen mehren, sondern sicherstellen, dass er bei den Vielen ankommt, die ihn erarbeiten: in der Breite der Gesellschaft.~~ Wir wollen Wohlstand nicht nur für Wenige, sondern sicherstellen, dass er in der Breite der Gesellschaft ankommt

Begründung

Wohlstand sollte bei allen Menschen in der Gesellschaft ankommen, auch bei denen die nicht in der Lage sind zu arbeiten: Kinder, Kranke, Berentete....., von daher sollte der Satz "nicht nur für die Wenigen mehren" gestrichen werden, da er auch falsch verstanden werden kann.

Ä7 Was uns schützt.

Antragsteller*in: Ali Saker (KV Münster)

Text

In Zeile 26:

Wohin wir wollen: ein Europa, das Wohlstand **mehrt** für alle sichert

Ä1 A – Was Wohlstand schützt

Antragsteller*in: Jörg Rostek (KV Münster)

Text

Von Zeile 317 bis 320:

~~Wir wollen, dass der Wohlstand denjenigen zukommt, die ihn erarbeiten. Wir wollen mehr Gerechtigkeit für die Mitte der Gesellschaft. Dazu sind gute Arbeitsbedingungen, sichere Jobs und anständige Löhne das beste Mittel. So wachsen wir aus der Mitte heraus.~~ Alle Menschen haben das Recht auf gute Arbeitsbedingungen, sichere Jobs und anständige Löhne. Fachkräfte sind das Rückgrat der europäischen Wirtschaft. Das gilt gleichermaßen für akademisch

Begründung

Als Schreibgruppe haben uns diese Sätze sehr irritiert, denn sie fühlen sich in einem GRÜNEN Wahlprogramm unpassend an; wohl auch, weil sie in einem neoliberalen, sozialdarwinistischen Sinne gelesen werden können. Auch ist der Begriff der "Mitte der Gesellschaft", der von zahlreichen Medien und Parteien in Deutschland heraufbeschworen und instrumentalisiert wird, kritisch zu sehen. Es ist zweifelhaft, ob es diese "Mitte" überhaupt gibt, doch nur ein Mythos ist und sich vielleicht doch nur von ihren politischen Rändern her definiert. Wer den Begriff der Mitte benutzt, meint nur allzu oft ein dubioses Kollektiv von Leistungsträger*innen, die es zu bewahren lohnt. Oft wird mit dem Begriff der Mitte nicht nur die Abwesenheit von extremistischer Politik beteuert, sondern sogar die Ablehnung des klassischen Links/Rechts-Schemas suggeriert. Der Begriff verschleiern den tatsächlichen gesellschaftlichen Reichtum an Lebensstilen und Einkommensarten, den wir in Deutschland glücklicherweise haben, und damit leider auch berechnete Interessensgensätze, so dass deren politische Lösung als nicht notwendig erscheint.

Ä3 A – Was Wohlstand schützt

Antragsteller*in: Annika Tiessen

Text

Von Zeile 981 bis 986:

~~Die Klimakrise geht einher mit einer Biodiversitätskrise extremen Ausmaßes. Beide bedingen einander: Die Natur ist~~ Neben der Klimakrise ist die Biodiversitätskrise die zweite globale Krise, die unsere Lebensgrundlagen und unsere Gesundheit bedroht. Denn in dem durch Menschen induzierten sechsten Massenaussterben der Erdgeschichte ist allein in den nächsten Jahrzehnten mit dem Aussterben einer Million Tier- und Pflanzenarten zu rechnen. Mit drastischen Folgen für wesentliche Ökosystemdienstleistungen wie Bestäubung, Bodenfruchtbarkeit, Erosionsschutz, Wasser- und Kohlenstoffspeicherung sowie der Erholungsfunktion. Gleichzeitig ist eine intakte Natur unsere wichtigste Verbündete im Kampf gegen die Klimakrise. Naturschutz und Klimaschutz müssen gemeinsam gedacht werden.

Wir möchten daher besonders den natürlichen Klimaschutz fördern. Schlüsselemente sind hier die Wiedervernässung von Mooren und Auen, Erhalt und Renaturierung artenreichen Grünlandes, ein naturnaher Waldumbau und effektiver Meeresschutz.

Von Zeile 991 bis 998:

~~Intakte Ökosysteme gibt es nur mit einer lebendigen Artenvielfalt. Von den 8 Millionen Tier- und Pflanzenarten auf unserer Erde sind 1 Million vom Aussterben bedroht – und damit ein unendlicher Reichtum. Dieses Massensterben muss dringend gestoppt werden. Ein wichtiger Hebel dafür ist die Art und Weise, wie wir Flächen bewirtschaften. Den Artenschwund in und um Agrarflächen und Wälder wollen wir stoppen, indem wir die Flächenversiegelung aufhalten und den Naturschutz in der Bewirtschaftung von Flächen stärken. Der Erhalt von Ökosystemen muss deshalb immer mitgedacht werden.~~ Ein wichtiger Hebel dafür ist die Art und Weise, wie wir Flächen bewirtschaften. Den Artenschwund in und um Agrarflächen und Wälder wollen wir stoppen, indem wir die Flächenversiegelung aufhalten und den Naturschutz in der Bewirtschaftung von Flächen stärken. Der Erhalt von Ökosystemen muss deshalb immer Priorität haben. Wir setzen uns insbesondere für den Insekten-, Vogel- und Bodenschutz ein. In der Bewirtschaftung wollen wir die ökologische Landwirtschaft und

Von Zeile 1007 bis 1011:

Zur Erhaltung der Artenvielfalt wollen wir die natürlichen Lebensräume wieder miteinander vernetzen, sodass durch den Klimawandel bedingte Wanderungen und ein genetischer Austausch möglich und dadurch stabile Populationen gesichert sind. Das ist eine grüne Infrastruktur für Europas Natur. Zentral dafür ist das Natura-2000-Netzwerk. ~~Die genetische Vielfalt fördert~~ Hier müssen Lebensräume und Arten in einen guten Erhaltungszustand gebracht sowie der Biotopverbund durch Renaturierung gestärkt werden. Denn intakte Lebensräume und genetisch diverse Populationen fördern die Resilienz unserer Ökosysteme und schafft somit auch einen gesellschaftlichen Mehrwert. Die Korridore sollen in

Ä4 A – Was Wohlstand schützt

Antragsteller*in: Annika Tiessen

Text

Von Zeile 1103 bis 1105 einfügen:

Struktur beitragen, wollen wir konsequent Leistungen für Klima, Umwelt, Biodiversität, Gesundheit – und damit für das Gemeinwohl entlohnen. Die Anzahl gehaltener Nutztiere möchten wir an die zur Verfügung stehende Fläche binden und so Nährstoffkreisläufe schließen sowie Stickstoffüberschüsse verhindern. Landwirt*innen wollen wir bei der dafür nötigen Reduktion der Tierbestände finanziell unterstützen. Leistungen sind so zu gestalten, dass sie Planungssicherheit ermöglichen und direkt bei den Landwirt*innen ankommen, die vor Ort

Begründung

Eine flächengebundene Tierhaltung ist ein Schlüsselfaktor dafür, dass nicht mehr Tiere pro Fläche gehalten werden, als diese Fläche Tiere ernähren kann. Bei einer gleichzeitigen finanziellen Förderung zum Umbau der Tierhaltung können so Synergien erzeugt werden in der Stärkung des Tierwohls, im Grundwasserschutz sowie der Prävention von Stickstoffeinträgen in sensible Biotope, wie z. B. Moore.

Ä2 A – Was Wohlstand schützt

Antragsteller*in: Annika Tiessen

Text

Von Zeile 1209 bis 1213:

brauchen eine deutliche Reduzierung von Lebetiertransporten. Dabei möchten wir Langstreckentransporte auf ~~acht Stunden~~vier Stunden begrenzen und Tiertransporte in schwer kontrollierbare Regionen sowie den Transport nicht abgestillter Säugetiere unterbinden. Bei der Schlachtung fordern wir eine bessere Kontrolle, ein Ende der CO₂- und Wasserbadbetäubung, die Betäubungspflicht bei der Tötung von Fischen, Krebsen, Hummern und Tintenfischen und ein Verbot der Tötung von Kühen. Zudem setzen wir uns zur weitgehenden Vermeidung von Angst und Stress auf Seiten der Nutztiere für die weitere bürokratische Flexibilisierung der Schlachtung im Herkunftsbetrieb ein.

Begründung

Die mobile Schlachtung im Herkunftsbetrieb, z. B. durch mobile Schlachtanhänger oder den Schuss einzelner Tiere auf der Weidefläche ist eine gute Möglichkeit durch Transport und Schlachthof entstehendes Leid und Angst zu vermeiden. Zudem werden insbesondere kleine Betriebe in ihrer Selbstständigkeit und finanziellen Unabhängigkeit gestärkt.

Ä5 A – Was Wohlstand schützt

Antragsteller*in: Friedrich Bachmair

Text

Von Zeile 868 bis 870 einfügen:

komfortabel bewegen können. Wir brauchen gut ausgebaute Schienenwege und attraktive Züge, ein engmaschiges Netz an Radwegen und Radrouten, [barrierefreien Fußgängerverkehr](#), den Ausbau der E-Ladeinfrastruktur, ein sicheres Straßennetz, klimaneutralen Flug- und Schiffsverkehr und attraktive Angebote, um

Begründung

Die meisten Fortbewegungen sind der Fußgängerverkehr. Daher soll diese Einfügung erfolgen.

Ä7 A – Was Wohlstand schützt

Antragsteller*in: Stefan Riese (KV Münster)

Text

Von Zeile 404 bis 405 einfügen:

werden diesem Anspruch nicht gerecht. Deshalb braucht es eine ambitionierte Reform, deren Ergebnis von der Kommission konsequent durchgesetzt wird.

Zu einer krisenfesten Währungsunion gehört auch, dass sich alle Mitgliedsstaaten an die gemeinsamen Regeln halten. Oft wird nicht gesehen, dass nicht nur Defizite in der Handelsbilanz (also Importe, die in der Summe höher sind und als die Exporte) und die damit verbundene Verschuldung, sondern auch dauerhaft hohe Exportüberschüsse von Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft schaden; denn Überschüsse kann ein Land im Binnenmarkt nur machen, wenn andere Länder Defizite machen. Guter Wettbewerb funktioniert so, dass Unternehmen versuchen, die besten Produkte mit den effizientesten und die Umwelt am wenigsten belastenden Verfahren herzustellen. Ein Wettbewerb um die niedrigsten Löhne, Steuern und Sozialkosten aber ist ein schlechter Wettbewerb, mit dem manche Länder die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmen pauschal gegenüber denen in anderen Ländern zu stärken trachten um dadurch dauerhaft Exportüberschüsse zu erzielen.

Deshalb müssen dauerhaft hohe Leistungsbilanzüberschüsse genauso wie Leistungsbilanzdefizite sanktioniert werden. Das bedeutet, dass sich auch Überschussländer aktiv an der Verminderung von außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten beteiligen müssen. Dies kann sowohl durch Lohnsteigerungen als auch über erhöhte öffentliche und private Investitionen erfolgen.

Begründung

Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen muss, wie im vorgeschlagen Programmabsatz beschrieben, die Unternehmen antreiben, gute Produkte und Herstellungsverfahren zu entwickeln, nicht aber andere dadurch auszusteichen können, dass sie in einem Land arbeiten, wo das Lohn- und Rentenniveau niedrig gehalten werden und Steuern und Sozialkosten am niedrigsten sind. Solch ein schlechter Wettbewerb trifft die Ärmsten in den Ländern, die versuchen, die Kosten für Unternehmen auf diese Weise zu senken. Die Defizit-Länder aber, sehen sich gezwungen, hier nachzuziehen. Da aber Überschüsse der einen Länder immer die Defizite der anderen Länder sind, wird es immer Länder geben, die "Nachholbedarf" sehen, sodass dieser schlechte Wettbewerb nie aufhört.

Einige Länder, vor allem Deutschland haben in der Vergangenheit durch diesen schlechten Wettbewerb andere Länder, wie z.B. Italien mit, gemessen an ihrer Produktivität hohen Löhnen massiv geschädigt. Vor Einführung des Euro konnte Italien seine Produkte durch Abwertung der Lira preislich wettbewerbsfähig halten und war eine stolze Exportnation! Wir wissen alle, was daraus geworden ist. In der Währungsunion gibt es keine Wechselkurse mehr und die italienische Wirtschaft hat das Nachsehen. (Ein Zurück in nationale Währungen, wäre aber keine Lösung, denn Spekulation treibt Wechselkurse oft in die "falsche" Richtung.)

Diese Entwicklung war es, die das Hochkommen von europafeindlichen zum Teil auch faschistischen Parteien angetrieben hat.

2022 betragen die deutschen Exportüberschüsse "nur" noch 87 Mrd EUR - in den 15 Jahren davor lagen sie stets über 200 Mrd EUR) - aber die Gefahr eines weiteren wirtschaftlichen Auseinanderbrechens der EU ist keineswegs gebannt; denn die gesunkenen deutschen Exportüberschüsse, sind nicht durch

gute Politik zustande gekommen, sondern vor allem durch gestiegene Importwerte, weil die Preise Energieträger stark gestiegen sind.

Es kann nicht richtig sein, das ein Problem, an die EU zu zerbrechen droht und das noch in unsrem Programm zur Europawahl 2024 Raum hatte, und zwar mit genau den politischen Konsequenzen, die unser Änderungsantrag vorschlägt, überhaupt nicht mehr vorkommt! Deshalb bitte ich euch, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Ä8 A – Was Wohlstand schützt

Antragsteller*in: Simon Haack (KV Münster)

Text

Von Zeile 165 bis 167:

Wasserstoff beispielsweise aus den sonnenreichen Regionen Südeuropas in die Industriezentren ~~Deutschlands~~ im restlichen Europa transportieren. Das ist ein Bestandteil einer leistungsfähigen Infrastrukturunion.

Begründung

Das Ganze ist immer noch ein Europawahlprogramm, also sollten wir vielleicht mehr als Deutschland in den Blick nehmen.

Ä9 A – Was Wohlstand schützt

Antragsteller*in: Fabian Müller (KV Münster)

Text

Nach Zeile 758 einfügen:

Mit der Bürger*innensignatur den Binnenmarkt stärken

Durch die EIDAS-Verordnung wurde in der Union ein einheitlicher Rechtsrahmen für die digitale Authentifizierung und Signatur geschaffen. Damit wurde bereits erreicht, dass sich Unionsbürger*innen mit der digitalen Identität eines Mitgliedsstaates auch bei den Online-Diensten eines anderen authentifizieren können. Hierhinter bleibt jedoch die Entwicklung bei digitalen Signaturen zurück. Einige Mitgliedsstaaten statten ihre Staatsbürger*innen bereits mit einer Möglichkeit zur digitalen Signatur aus, andere Staaten gehen diesen Schritt jedoch bislang nicht. Damit alle Unionsbürger*innen gleichberechtigt am Binnenmarkt teilhaben können und damit digitales Vertrauen nicht nur der Kommunikation mit dem Staat oder Unternehmen vorbehalten bleibt, setzen wir uns dafür ein, dass alle Mitgliedsstaaten ihren Bürger*innen ermöglichen, Dokumente kostenlos qualifiziert elektronisch zu unterschreiben. So können Unionsbürger*innen auch untereinander rechtssicher digital Verträge schließen oder einfach digital Erklärungen abgeben, die der Schriftform bedürfen.

Begründung

Europaweite digitale Identitäten und Signaturen haben bereits 2021 Eingang in unser Bundestagswahlprogramm gefunden: <https://antraege.gruene.de/46bdk/motion/1578/amendment/11518>

Nun ist es wichtig, dies auch in unser Europawahlprogramm aufzunehmen.

Zur Information hier die Begründung des Antrags beim Bundestagswahlprogramm, die im Wesentlichen so auch für das Europawahlprogramm gilt:

Worum geht es (für nicht IT-affine Menschen)?

Verträge schließt man tagtäglich. Bei vielen Verträgen erfolgt der Vertragsschluss mündlich oder in Textform, beispielsweise, wenn man bei dem*der Bäcker*in Brötchen kauft oder über eBay-Kleinanzeigen gebrauchte Gegenstände shoppt. Geht es um wertvollere Gegenstände oder Verträge, bspw. Fahrzeuge, Wohnwägen, Schmuck oder einen Mietvertrag, dann wird der Vertrag gerne auch mal schriftlich geschlossen – zur Sicherheit für beide Seiten. Digitale Signaturen sollen nun diese Unterschrift im digitalen Raum ersetzen.

Das funktioniert so: Bürger*innen haben ein Zertifikat, das ihnen persönlich zugeordnet und das von einer vertrauenswürdigen Stelle bestätigt wurde. Mit diesem Zertifikat und einem Geheimnis, das nur der Person bekannt ist, der das Zertifikat gehört, kann diese Person nun ein digitales Dokument (bspw. eine PDF-Datei) digital unterschreiben. Analog kann man sich das in etwa so vorstellen: Man hat einen Stempel mit seiner Unterschrift in einem Safe, der mit einem Zahlenschloss gesichert ist. Will man jetzt ein Dokument unterschreiben, dann muss man als Erstes den Zahlencode eingeben (das Geheimnis) und kann dann den Stempel nehmen und unterschreiben.

Aktuell gibt es leider keine Lösung, die Bürger:innen einfach und kostenlos ermöglicht, Dokumente nach ihrem Belieben digital zu signieren.

Eigentliche Begründung:

Aktuell kommen digitale Signaturen im Rechtsverkehr kaum vor. Wenn dann nur in bestimmten Bereichen (bspw. bei Rechtsanwält*innen und Notar*innen im Rahmen des elektronischen Rechtsverkehrs untereinander und mit Gerichten) oder wenn Verbraucher*innen Verträge mit Unternehmen schließen. Unternehmen nutzen dabei beispielsweise Dienste wie die [DocuSign eSignature](#) oder [Skribble](#). Hierfür zahlen Unternehmen einen Preis X an die Unternehmen. Möchten Verbraucher*innen Dokumente signieren, dann müssen sie hierfür auch bezahlen. Bei Skribble beispielsweise 2,40 Euro pro Signatur (Unterschrift). Verglichen damit, dass eine handschriftliche Unterschrift nur die Tinte auf dem Papier kostet, also de facto kostenlos ist, ist das sehr teuer. Deswegen müssen Bürger*innen die Möglichkeit zur kostenlosen digitalen Signatur bekommen.

In anderen Ländern ist das bereits Standard. Beispiele sind hier [Österreich](#) oder [Estland](#). Estland gibt an, dass seit der Einführung der eID und den damit verbundenen digitalen Signaturen in 2002 (!) seitdem jährlich dadurch 2 % des BIP "gespart" wurden.

Ein solches Projekt zerstört auch nicht den Markt für kommerzielle Lösungen wie die oben genannten. Diese bleiben für Unternehmen wegen der Möglichkeit der tiefen Integration in eigene Prozesse und der sehr hohen Usability interessant.

Ä10 A – Was Wohlstand schützt

Antragsteller*in: Fabian Müller (KV Münster)

Text

Von Zeile 717 bis 718 einfügen:

schützen sowie gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen zu schaffen, die eine Sonderbehandlung von Großkonzernen gegenüber KMU ausschließen.

Die anstehende Evaluation der DSGVO wollen wir nutzen, um den Datenschutz in Europa passgenauer zu machen: Bei gleichbleibend hohem Datenschutzniveau setzen wir uns deswegen basierend auf den Erfahrungen von sechs Jahren DSGVO dafür ein, Regelungen zu vereinfachen und praxistauglicher zu machen. Dabei wollen wir den besonderen Bedürfnissen von KMU und Start-ups Rechnung tragen, insbesondere indem die Kommission die Möglichkeit bekommt, Standardklauseln für die Erfüllung datenschutzrechtlicher Informationspflichten zu verabschieden. Klar ist für uns außerdem, dass die DSGVO Betroffene schützen und den freien Datenverkehr im Binnenmarkt ermöglichen soll. Sie dient nicht dem individuellen Profitstreben, weswegen wir die rechtsmissbräuchliche Verwendung des Datenschutzrechts zu Zwecken der Gewinnerzielung ablehnen.

Begründung

Die DSGVO ist ein europäisches Erfolgsmodell und Exportschlager. Nachdem sie jetzt bald 6 Jahre in Kraft ist, gilt es die anstehende Evaluation nach Art. 97 DSGVO zu nutzen, um an Problempunkten, die sich im Laufe der Jahre gezeigt haben, nachzubessern. Das möchte diese Änderung betonen.

Gerade für KMU ist das Thema Datenschutz häufig mit erheblichen Kosten verbunden. Dort sollten wir vereinfachen, wo es möglich ist, ohne das Schutzniveau für die Betroffenen einzuschränken. Dabei hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass Standardklauseln der Kommission (bspw. für die Drittlandübermittlung oder die Auftragsverarbeitungsvereinbarungen) großer Beliebtheit erfreuen. Sie führen zu erheblichen Einsparungen bei KMU, weil sie nicht die Erarbeitung umfangreicher Vertragstexte durch Jurist*innen bezahlen müssen. Dieses Instrument sollten wir deswegen auch auf den Bereich der Betroffeneninformation (sprich die Datenschutzerklärung) übertragen. Im Allgemeinen führt dort Standardisierung (bspw. bei der Information über den*die Verantwortliche*n) auch zu einer besseren Verständlichkeit für die Betroffenen.

Eine Belastung für die Unternehmen, von der Betroffene kaum etwas hatten, waren in den vergangenen Jahren massenhaft geltend gemachte Schadenersatzforderungen. Bspw. wenn Verantwortliche Google-Fonts oder andere US-Dienste verwendet haben und ein Dritter deswegen dann – ohne dass zu diesem jemals eine Geschäftsbeziehung oder vor eine solche einzugehen bestand – von diesen Unternehmen Schadenersatz verlangte. Hier gilt es klarzustellen, dass Zweck der DSGVO nicht partikuläre Gewinninteressen sind. Bei der Durchsetzung der DSGVO verfolgen wir einen staatlichen (Aufsichtsbehörden) und keinen privaten (Schadenersatzklagen) Ansatz.

Ä1 B – Was Gerechtigkeit schützt

Antragsteller*in: Brigitte Hasenjürgen

Text

Von Zeile 401 bis 402 einfügen:

Heilungsmethoden bereitstellen. Zudem braucht es mehr europäischen Austausch, beispielsweise durch ein EU-Sachverständigennetzwerk.

Pandemien treffen nicht alle gleich. Einkommensarme Menschen und prekär Beschäftigte sind deutlich häufiger von Covid-19 betroffen. Auch Menschen in großen Einrichtungen tragen ein höheres Risiko. Um für die nächste Pandemie besser gerüstet zu sein, setzen wir stärker auf Strategien, die die besonders vulnerablen Gruppen schützen.

Ä2 B – Was Gerechtigkeit schützt

Antragsteller*in: Harald Wölter (KV Münster)

Text

In Zeile 505:

~~Der Pflege den Rücken stärken~~

Eine gute Pflege sichern

Begründung

Ziel muss es sein, eine gute Pflege zu sichern. Eine Stärkung der Pflegekräfte ist zwar wichtig, allerdings muss es auch um eine Weiterentwicklung der Pflegeinfrastruktur und um die Selbstbestimmung der älteren und pflegebedürftigen Menschen gehen. Die Überschrift ist daher völlig unzureichend. Zudem ist sie identisch mit dem Titel einer Veranstaltung der Caritas zur "Rückenschulung von Pflegekräften", die im Mai diesen Jahres stattgefunden hat. Also Titel bitte entsprechend ändern.

Ä3 B – Was Gerechtigkeit schützt

Antragsteller*in: Harald Wölter (KV Münster)

Text

Von Zeile 514 bis 516 einfügen:

Arbeitsbedingungen und Gehälter der professionellen Pflege gegenüber anderen Branchen ein. Zudem braucht es mehr Investitionen in Pflegeeinrichtungen insbesondere in Wohn- und Pflegeformen, die ein selbstbestimmtes Leben im Quartier ermöglichen sowie in die Aus- und Weiterbildung von Pflegefachpersonen. Auch ein stärkeres Engagement der EU in Forschungs-

Von Zeile 522 bis 523 einfügen:

Arbeit, um sicherzustellen, dass auch angestellte Pflegekräfte in privaten Haushalten einbezogen werden und gute Arbeitsbedingungen haben.

Die Bewältigung des demografischen Wandels ist eine große gesamteuropäische Aufgabe. Es wird in den nächsten Jahrzehnten eine weitere Zunahme an pflegebedürftige und an Demenz erkrankte Menschen geben. Unser Ziel ist es, diesen Menschen ein selbstbestimmtes und aktives Leben zu ermöglichen. Dafür benötigen wir in Europa mehr Austausch zur Pflegepolitik, bei dem auch neue und inklusive Wohn- und Pflegeformen, Vereinbarung von Pflege und Beruf, Entlastung und Unterstützung der familiären Pflege sowie Fachkräftebedarf in den Mittelpunkt gerückt werden. Dazu gehört die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der Pflege und die Zielsetzung weg von einer institutionslierten Heimpflege hin zur quartiersorientierten Pflege und Betreuung sowie Unterstützung und Entlastung von pflegenden An- und Zugehörigen.

Begründung

Die reine Fokussierung auf die Belange der Fachkräfte in der Pflege - so wichtig wie das Fachkräfte-Thema auch ist - wird dem Thema Pflege und demografischer Wandel in seiner Gesamtheit und seinen Herausforderung in Europa überhaupt nicht gerecht. Zudem werden die Rechte und Bedürfnisse der älteren und pflegebedürftigen sowie deren Angehörige überhaupt nicht angesprochen. Deshalb ist diese Ergänzung notwendig. Im Programm für die Europawahl 2019 haben wir uns bereits für eine Zukunftssicherung einen Wandel der Pflegepolitik und -versorgung unter Einbeziehung der Rechte der Pflegedürftigen entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention eingesetzt. Die Umsetzung ist und bleibt weiterhin eine zentrale Aufgabe zur Zukunftssicherung in der Pflege. Bei der Europawahl 2024 sollten wir nicht hinter diesen Forderungen zurückfallen.

Ä4 B – Was Gerechtigkeit schützt

Antragsteller*in: Harald Wölter (KV Münster)

Text

Von Zeile 430 bis 431 einfügen:

hat die Situation für viele Menschen diesbezüglich weiter verschärft. Wir setzen uns mit unserer Politik für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt, [Inklusion](#), Teilhabe und Integration ein.

Begründung

Die Umsetzung der Inklusion ist für uns auch bei der mentalen Gesundheit eine zentrale Aufgabe wofür wir uns einsetzen.

Ä5 B – Was Gerechtigkeit schützt

Antragsteller*in: Harald Wölter (KV Münster)

Text

Von Zeile 1 bis 4:

Inflation mit steigenden Lebenshaltungskosten, Pandemie, Krieg und zunehmende Wetterextreme haben viele Menschen in ganz Europa vor große Herausforderungen gestellt. ~~Familien-und Rentner*innen~~ Viele Menschen mussten wegen der gestiegenen Lebenshaltungskosten schmerzhaft Einschnitte hinnehmen. Für viele Selbstständige und kleine Betriebe ist die Existenzgrundlage

Begründung

Krieg und seine Folgen ist gleichsam eine der aktuellen Herausforderungen. Viele Menschen insbesondere mit geringeren Einkünften sind besonders von den gestiegenen Lebenshaltungskosten betroffen. Auch bei Familien und Rentner*innen hängt dies insbesondere auch von deren Einkünften ab.

Ä6 B – Was Gerechtigkeit schützt

Antragsteller*in: Harald Wölter (KV Münster)

Text

Von Zeile 104 bis 105 einfügen:

Erreichbarkeit, Arbeitsverdichtung und Stress einhergeht. Wir wollen daher den Schutz der Arbeitnehmer*innen vor psychischen und körperlichen Belastungen voranbringen. Zudem setzen wir uns für eine umfassende Teilhabe von Menschen mit Behinderung und einen inklusiven Arbeitsmarkt ein.

Begründung

Die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention und deren Umsetzung müssen auch auf den Arbeitsmarkt berücksichtigt werden.

Ä7 B – Was Gerechtigkeit schützt

Antragsteller*in: Harald Wölter (KV Münster)

Text

Von Zeile 140 bis 141:

Auch die Langzeitpflege, beispielsweise für **Rentner*innen** **Ältere** oder Menschen mit chronischen Krankheiten oder Behinderungen, soll auf diese Weise abgedeckt werden. Ein Europäischer

Begründung

Redaktionelle Änderung. Es gibt keine Langzeitpflege, die sich am Leistungsbezug Rente oder Pension ausrichtet. Formulierung ist völliger Quatsch. Gemeint sind sicher ältere Menschen, dann sollte dies auch so formuliert werden.

Ä8 B – Was Gerechtigkeit schützt

Antragsteller*in: Harald Wölter (KV Münster)

Text

Von Zeile 436 bis 437 einfügen:

Wirkstoffen zu sehr von Importen aus Drittstaaten abhängig ist – und damit häufig auch eine Produktion unter schlechten Arbeitsbedingungen und schlechten Umweltstandards in Kauf nimmt. Wir wollen dem Risiko insbesondere für Ältere, chronisch Erkrankte, Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf sowie Kindern und Jugendlichen begegnen und eingrenzen.

Begründung

Kinder und Jugendliche, Ältere, chronisch Erkrankte, sowie Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf sind von einem Mangel besonders betroffen.

Ä9 B – Was Gerechtigkeit schützt

Antragsteller*in: Philipp Mathmann

Text

Von Zeile 1 bis 8:

Die Krisenbewältigung der letzten Jahre zeigt, was alles möglich ist, wenn wir zusammenstehen – in Deutschland und Europa.

Inflation mit steigenden Lebenshaltungskosten, Pandemie, Krieg und zunehmende Wetterextreme haben viele Menschen in ganz Europa vor große Herausforderungen gestellt. ~~Familien und Rentner*innen~~ Sie mussten wegen der gestiegenen Lebenshaltungskosten schmerzhaft Einschnitte hinnehmen. ~~Für viele Selbstständige und kleine Betriebe ist die Existenzgrundlage weggebrochen. Und bis~~ Bis weit in die Mitte der Gesellschaft ~~hinein~~ sorgen gestiegene Lebenshaltungskosten für akute, bisweilen gar existenzielle Nöte.

~~Zugleich hat die Krisenbewältigung der letzten Jahre gezeigt, was alles möglich ist, wenn wir zusammenstehen – in Deutschland und Europa.~~

Begründung

Diese Änderung ist in der Schreibgruppe des KV entstanden.

1. Es erscheint sinnvoll das Kapitel mit etwas Ermutigendem/Positivem zu beginnen.
2. Bei der Auflistung der Herausforderungen fehlt der Krieg.
3. Nicht nur Familien und Rentner*innen waren von Einschnitten betroffen, sondern viele Menschen in ganz Europa (siehe vorheriger Satz).
4. Nicht nur Selbstständigen und kleinen Betrieben ist die Existenzgrundlage weggebrochen. Diese Auflistung ist als Auswahl angreifbar und sollte daher besser entfallen.

Ä10 B – Was Gerechtigkeit schützt

Antragsteller*in: Philipp Mathmann

Text

Von Zeile 45 bis 48:

geht es uns auch um die Ausgestaltung und die Verteidigung des europäischen Sozialmodells, das sich in einer globalisierten Welt behauptet – und für **Wohlstand****wirtschaftliche** und **materielle Sicherheit****ökologische Stabilität**, gute Arbeit und hohe Sozialstandards steht. Dies gilt umso mehr, als die Herausforderung der Klimaneutralität, technologischer Fortschritt und der demografische

Begründung

Dieser Änderungsantrag ist in der Schreibgruppe des KV entstanden:

"Wohlstand" und "materielle Sicherheit" erscheinen als Begrifflichkeiten mit wenig sozialer Konnotation. "Wirtschaftliche und ökologische Stabilität" ist hingegen ein objektiv und unstrittig sinnvolles Ziel, was allen Sicherheit bring.

Ä14 B – Was Gerechtigkeit schützt

Antragsteller*in: Ulrich Kathöfer (KV Münster)

Text

Von Zeile 715 bis 716 einfügen:

Bahnverspätungen sollte auf 50 Prozent des Fahrpreises nach 60 Minuten und 75 Prozent nach 90 Minuten angehoben werden, wie es das Europäische Parlament fordert. Ist eine durchgehende Buchung (noch) nicht möglich, soll auch trotz unterbrochener Reisekette eine Entschädigung gezahlt werden.

Begründung

Die bisherige Regelung erfordert eine Erstattung nur "pro Fahrkarte". Da - zumindest bisher - internationale Verbindungen oft nicht durchgängig buchbar sind, kann der*die betroffene Reisende trotz großer Verspätung leer ausgehen.

Die Änderung wurde in der Schreibgruppe besprochen.

Ä16 B – Was Gerechtigkeit schützt

Antragsteller*in: Fabian Müller (KV Münster)

Text

Von Zeile 715 bis 716 einfügen:

Bahnverspätungen sollte auf 50 Prozent des Fahrpreises nach 60 Minuten und 75 Prozent nach 90 Minuten angehoben werden, wie es das Europäische Parlament fordert. Darüber hinaus soll die Mobilität von Unionsbürger*innen, insbesondere von Grenzgänger*innen, nicht durch regional unterschiedliche Fahrgastrechte eingeschränkt sein. Deswegen sollen auch im Nah- und regionalverkehr einheitliche Mindeststandards für die Weiterreise bei Verspätung oder Zugausfall gelten, damit Unionsbürger*innen zuverlässig an ihr Ziel kommen. Dabei darf es keine zwei Klassen von Reisenden geben, deswegen sollen auch erheblich ermäßigte Tickets nicht von Fahrgastrechten ausgenommen werden dürfen. So erreichen wir, dass Unionsbürger*innen auch in anderen Mitgliedsstaaten auf die Schiene umsteigen.

Begründung

Die Neufassung der Fahrgastrechte-Verordnung der Union bedarf einiger Anpassung. Wenn wir erreichen wollen, dass Unionsbürger*innen auch im Grenzverkehr oder im Urlaub auf die Schiene umsteigen, anstatt mit dem Pkw unterwegs zu sein, dann geht das nur mit dem Versprechen, dass sie innerhalb der Union mobil bleiben, wenn sie mit der Bahn unterwegs sind.

Ermäßigte Fahrkarten, wie bspw. das 49-Euro-Ticket oder das Semesterticket, von Fahrgastrechten auszunehmen, wie mit der jüngsten Änderung der Eisenbahn-Verkehrsordnung geschehen, sind verkehrs- sowie sozialpolitisch das falsche Signal. Mit Blick auf Bestrebungen hin zu internationalen Nahverkehrstickets – bspw. einem deutsch-französischen 49-Euro-Ticket – müssen diese Regelungen bereits auf europäischer Ebene ausgeschlossen werden. Nur so können solche Tarife langfristig erfolgreich sein.

Ä17 B – Was Gerechtigkeit schützt

Antragsteller*in: Fabian Müller (KV Münster)

Text

Von Zeile 63 bis 65:

Gleichstellung von Frauen und Männern, den Zusammenhalt zwischen den Generationen, Familien und den Schutz der Rechte des Kindes. So ist es im Gründungsvertrag in den Gründungsverträgen der EU und ihrer Vorgängerorganisationen angelegt. Mit dem Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention, der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention und den Antidiskriminierungsrichtlinien wurde zudem der Kampf gegen Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Behinderung, des Geschlechts oder Alters, der sexuellen Identität, Religion oder Weltanschauung als Ziel und zentrale Aufgabe verankert. Für diese Gerechtigkeit streiten wir. Dieses Europa wollen wir sein.

Begründung

Kleinere Präzisierung von Haralds Antrag. Die Union wurde erst mit dem Vertrag von Lissabon gegründet. Im Unterschied zu den Römischen Verträgen – das waren tatsächlich mehrere Verträge – war das wirklich nur ein Vertrag.

Ich hänge hier nicht an der konkreten Formulierung. Aber irgendwie auf die Vorgängerorganisationen Bezug zu nehmen, erscheint mir notwendig, damit klar wird, dass das Thema 'Soziales' bereits seit der Gründung der EWG angelegt war (bspw. gab es da einen Wirtschaftsausschuss und einen Sozialausschuss). Diese zeitliche Komponente wird m.E., wenn man von Gründungsverträgen spricht, nicht deutlich. Dann denkt der*die Leser*in lediglich, die EU wurde durch mehrere Verträge gegründet.

Ä1 C – Was Frieden schützt

Antragsteller*in: Brigitte Hasenjürgen

Text

Von Zeile 755 bis 758:

~~Naher Osten~~ Südwestasien und Nordafrika

~~Der Nahe Osten und Nordafrika ist eine~~ Diese Region ist im Umbruch und ein wichtiger Nachbar für die EU. Die Hoffnung der Revolutionsbewegungen in ~~der Region~~ vielen Ländern blieb weitestgehend unerfüllt, und in den vergangenen Jahren haben sich wieder autoritäre Akteure in der Region verfestigt. Wir

Begründung

"Nahe Osten" bedient die eurozentrische Perspektive, ein besserer Begriff ist Südwestasien (oder Süd West Asien oder Südwest Asien). Doch es reicht, die Bundesgrünen auf diese neue sprachliche Perspektive aufmerksam zu machen. Für das Programm können wir bei "Nahe Osten" bleiben, weil vielleicht verständlicher.

Ä2 C – Was Frieden schützt

Antragsteller*in: Friedrich Bachmair

Text

Von Zeile 103 bis 104:

Kein Staat kann ~~die Klimakrise~~ alleine die massiven Klimaveränderungen durch den hohen CO2-Ausstoß und deren Auswirkungen stoppen. Unser Ziel ist eine starke europäische Klimaaußenpolitik, die im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen steht. Wir stehen für eine

Von Zeile 106 bis 108:

beim klimaneutralen Auf- und Umbau ihrer Wirtschaftssysteme und Energieversorgung sowie bei der Anpassung an die unvermeidbaren Folgen der ~~Klimakrise~~ massiven Klimaveränderungen unterstützt. Als eine der größten Emittentinnen von Treibhausgasen weltweit muss die EU entsprechend der Vereinbarung im

Begründung

Die "Klimakrise" ist nur ein - teilweise sogar negiertes - gesellschaftliches Problem (Auswirkung) der massiven Klimaveränderung aufgrund des hohen CO2-Ausstosses! Mit der Ursachenbenennung wird auch die notwendige Stoßrichtung der Politik deutlicher.

Ä3 C – Was Frieden schützt

Antragsteller*in: Simon Haack (KV Münster)

Text

Von Zeile 315 bis 317:

Justizwesen in fragilen Staaten zu unterstützen. Mit rechtsstaatlichen und bürgernahen Institutionen können sie Vertrauen aufbauen und Konflikten vorbeugen. Einer Neuausrichtung der zivilen GSVP-Missionen auf Migrationsmanagement ~~lehnen~~stellen wir ~~ab~~uns entgegen.

Begründung

Hier schadet ein deutlicheres Wording sicherlich nicht.

Ä4 C – Was Frieden schützt

Antragsteller*in: Simon Haack (KV Münster)

Text

Von Zeile 332 bis 334:

wir bei ihrem Streben nach besseren Lebensverhältnissen vor Ort unterstützen wollen. Damit stehen wir für eine andere Zusammenarbeit mit ~~Entwicklungs- und Schwellenländern~~ Ländern des Globalen Südens als Autokratien. Chinas Entwicklungsinitiativen haben oft zum Ziel, einseitige Abhängigkeiten zu

Von Zeile 384 bis 385:

Die Förderung nachhaltiger Landwirtschaft in ~~Entwicklungs- und Schwellenländern~~ Ländern des Globalen Südens muss dabei im Rahmen von umfassenden Strategien zur Stärkung von Ernährungssystemen umgesetzt werden,

Von Zeile 399 bis 401:

evaluieren und weiterentwickeln.

Viele ~~Entwicklungs- und Schwellenländer~~ Länder des Globalen Südens befinden sich in einer Schuldenkrise, die ihre Handlungsmöglichkeiten für sozialökologische Modernisierungsprozesse massiv einschränkt. Die

Von Zeile 499 bis 500:

Die Wirtschaftsbeziehungen mit ~~Entwicklungs- und Schwellenländern~~ Ländern des Globalen Südens müssen wir fair gestalten. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des

Von Zeile 748 bis 749:

Bei zentralen globalen Herausforderungen wie der Schuldenkrise ~~der Entwicklungsländer~~ von Ländern des Globalen Südens, der Finanzierung von wirtschaftlicher Modernisierung sowie bei Klimaschutz- und

Begründung

Gerade der Begriff "Entwicklungsland" setzt voraus, dass Länder im Globalen Norden entwickelter sind und Länder des Globalen Südens sich dort noch hin entwickeln sollten. Daher ist der Begriff kritisch zu sehen und sollte sich nicht in unserem Wahlprogramm finden.

Ä5 C – Was Frieden schützt

Antragsteller*in: Simon Haack (KV Münster)

Text

Von Zeile 627 bis 629 einfügen:

autoritären Politik und nationalistischen Rhetorik aber, die sich offen gegen die EU, gegen die Sicherheit von türkischen Oppositionellen in der EU, gegen Kurd*innen, [Geflüchtete](#) und andere Minderheiten oder gegen Menschenrechts-Verteidiger*innen im eigenen Land wenden, treten wir

Begründung

Gerade im letzten Wahlkampf waren Geflüchtete in der Türkei ein zentrales Ziel politischer Attacken, das sollten wir hier auch klar benennen und mit aufnehmen.

Ä6 C – Was Frieden schützt

Antragsteller*in: Simon Haack (KV Münster)

Text

Von Zeile 771 bis 773 löschen:

Wir wollen eine Migrationspolitik gestalten, die uns nicht von autoritären Regimen in der Region erpressbar macht. Eine ~~einseitige~~ Fokussierung auf Flüchtlingsabwehr im Verhältnis zu den südlichen Mittelmeeranrainern stützt autoritäre und dysfunktionale Regime, die selbst

Begründung

Auch wenn wir noch andere Dinge verhandeln, ist eine Fokussierung auf Migrationsabwehr nie gut und macht die EU immer erpressbar, deswegen sollten wir das Wort hier streichen und klarstellen, dass wir auch eine Fokussierung unter anderen Themen für falsch halten.

Ä7 C – Was Frieden schützt

Antragsteller*in: Simon Haack (KV Münster)

Text

Von Zeile 155 bis 157 einfügen:

Menschenrechte, die Agenda 2030 der UN sowie die Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaabkommens. Global Gateway darf keine neuen Abhängigkeiten schaffen, sondern muss darauf ausgerichtet sein, bestehende Abhängigkeiten zu reduzieren. Zudem muss die EU-Kommission die Kohärenz und eine größere Transparenz bei der Auswahl der strukturpolitischen Projekte sowie bei ihrer Durchführung und Evaluierung

Begründung

Nur weil eine Zusammenarbeit gleichberechtigt stattfindet heißt das nicht, dass sie keine Abhängigkeiten fördert. Dies sollte aber ein zentrales Ziel unserer Zusammenarbeit mit Ländern des Globalen Südens sein.

Ä8 C – Was Frieden schützt

Antragsteller*in: Stefan Riese (KV Münster)

Text

Nach Zeile 464 einfügen:

Faire Regeln für Länder des globalen Südens

Auch die Länder des globalen Südens brauchen eine Chance zum Aufbau eigener Wertschöpfungsketten. So sinnvoll es sein kann, wenn Unternehmen aus Industrienationen ihre Technologien per Direktinvestition in den globalen Süden bringen, um dort zu produziere, so problematisch wird es, wenn die Investoren, nachdem sich die Löhne durch die Produktivitätssteigerung angeglichen haben - was grundsätzlich wünschenswert ist - aus diesen Ländern wieder zurückziehen. Deshalb ist es wichtig, dass die Länder des Globalen Südens eine eigene Industrie und damit ein höheres Wohlstandsniveau aufbauen können statt nur Rohstofflieferanten für die etablierten Industrienationen bleiben. Die von den Industrienationen geforderten und meistens auch durchgesetzten Regeln des Freihandels hindern sie aber oft daran.

Die wenigen Länder des globalen Südens, die den Aufbau einer eigenen Industrie geschafft haben, haben dabei oft gegen die Freihandelsregeln verstoßen, indem sie z.B. Importzölle verhängten, um ihre im Aufbau befindlichen Unternehmen vor der Konkurrenz preiswerterer, weil mit effizienterer Technologie hergestellten Importprodukte zu schützen, oder, indem sie ihre Unternehmen subventioniert haben. Süd-Korea ist es z.B gelungen, eine eigene Autoindustrie aufzubauen, weil es lange Zeit Zölle auf importierte Autos von bis zu 400% erhoben hat. Der Westen ließ Süd-Korea aus politischen Gründen gewähren, statt wie sonst, die Freihandelsregeln durchzusetzen.

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass es im internationalen Handel für Länder in der Aufbauphase einer eigenen Industrie angepasste und faire Übergangsregeln gib

Begründung

„Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich“ sagt in einem Gedicht von Brecht der Arme zum Reichen. Genauso ist es auch im internationalen Handel. Trotz vieler Jahrzehnte mit zahlreichen Entwicklungshilfe-Projekten gelingt es den meisten den Ländern des globalen Südens nicht, das Wohlstandsniveau des Westens auch nur annähernd zu erreichen. Oft wird diesen Ländern selbst die Schuld daran gegeben. So wird zum Beispiel gesagt, dass die Afrikaner entspannter durchs Leben gehen und deshalb weniger strebsam sein und oder Korruption dulden würden. Davon abgesehen, dass diese Argumentation rassistisch gefärbt ist, stimmt sie einfach nicht. So gibt es zum Beispiel wirtschaftlich sehr erfolgreiche Länder, die in der Korruptionsliste weit oben stehen.

Die tatsächlichen Gründe liegen woanders, nämlich in den Regeln des Freihandels, die in erster Linie den Reichen Industrieländer nutzen. Wie soll ein Entwicklungsland, das noch nicht über Hochtechnologie verfügt, eigene Betriebe aufbauen, deren Produkte viel teurer sind als vergleichbare Produkte aus den westlichen Industrienationen, weil sie mit effizienterer Technologie hergestellt werden, wenn es nichts gegen deren Import tun darf?

Das führt dazu, dass diese Länder nur die Möglichkeit haben, durch Direktinvestitionen aus den Industrieländern an moderne Technologie zu gelangen. Sie bleiben also abhängig von den Unternehmen aus den westlichen Industrienationen. Die Investoren machen dabei einen Extraprofit, in dem sie die effektive Technologie aus ihren Herkunftsländern mit den niedrigeren Löhnen aus den Schwellenländern kombinieren.

Löhne steigen normalerweise mit steigender Produktivität. Das ist auch gut so, da nur dadurch der technischer Fortschritt allen zu Gute kommt. Wenn die Löhne in nach Direktinvestitionen in einem Schwellenland später durch die gestiegene Produktivität steigen, verschwindet aber allmählich der Extraprofit und die Investoren ziehen wieder ab. Die Länder globalen Südens erreichen somit meistens nicht das Wohlstandsniveau der westlichen Industrienationen. Dies ist ein alter Hut, und in diesen Ländern, wie auch in der Eine-Welt-Bewegung ist dieser Zusammenhang auch bekannt.

Wenn nun Schwellenländer ihre im Aufbau befindliche Industrie durch Zölle oder Subventionen schützen wollen, erzwingt der Westen meistens, dass sie davon ablassen, indem z.B IWF-Kredite, die Länder, die ja noch keinen eigenen Kapitalstock haben, dringend benötigen, verwehrt werden, wenn sie die Freihandelsregeln nicht einhalten.

Daher rührt das berechtigte Misstrauen der Länder des globalen Südens gegenüber den westlichen Industrienationen, wie es sich zum Beispiel darin äußert, dass die überwältigende Mehrheit der Länder des globalen Südens sich trotz der eindeutigen Rechtsverletzung Russlands in der Ukraine nicht eindeutig auf die Seite des Westens stellen will. Sie haben mit dem Westen keine besseren Erfahrungen gemacht als mit Russland oder China und wollen deshalb diese drei Pole äquidistant halten.

Das Wohlstandsgefälle zwischen den Industrienationen und den ärmeren Ländern fördert Elend, Krisen und Kriege, und bewirkt Migrationsbewegungen. Der Westen reagiert darauf mit Abschottung, wie zum Beispiel die Mauer zwischen Mexiko und den USA oder die unsichtbare blutige Mauer auf dem Mittelmeer.

Das Schaffen von fairen Übergangsregeln, wodurch „geschützten Räume“ für den Aufbau einer eigenen Industrie in den Ländern des globalen Südens geschaffen werden, ist deshalb von fundamentaler Bedeutung. Es gehört daher selbstverständlich in unser Europawahl-Programm. Ich bitte euch deshalb, unseren Änderungsantrag zu unterstützen!

Ä1 D – Was Freiheit schützt

Antragsteller*in: Brigitte Hasenjürgen

Text

Von Zeile 356 bis 358:

Wir wollen, dass die Bekämpfung von **Antiziganismus** **Rassismus gegen Sinti* zze und Rom* nja** eine neue Priorität wird und sich dabei von paternalistischen Ansätzen verabschiedet. Denn Menschen mit Romani-**Hintergrund** **Geschichte** werden beim Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wohnen und Arbeit oft benachteiligt. Damit die

Von Zeile 531 bis 533:

händeringend nach Fach- und Arbeitskräften. Um unseren Wohlstand zu sichern, müssen wir im weltweiten Wettbewerb um schlaue Köpfe und **fleißige** **fachkundige** Hände attraktiver werden und Einwanderung modern gestalten. Statt bürokratischer und langwieriger Verfahren wollen wir

Ä3 D – Was Freiheit schützt

Antragsteller*in: Friedrich Bachmair

Text

Von Zeile 242 bis 245 löschen:

Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist eine effektive Maßnahme, um dem existierenden Fachkräftemangel durch eine höhere Erwerbsquote von Frauen entgegenzuwirken. ~~Denn: Viele Frauen möchten gern mehr arbeiten und immer mehr Männer wünschen sich, Familienaufgaben paritätisch aufzuteilen – die Bedingungen lassen es aber nicht zu.~~

Begründung

Unserer Schreibgruppe fand, dass dieser Satz nur das eingeschränkte, klassische Rollenbild Mann - Frau aufgreift und auch von einem sehr eindimensionalen Familienbegriff ausgeht. Außerdem wird eine Kausalität unterstellt, die so gar nicht vorhanden ist: Der Wunsch von Frauen mehr zu Arbeiten ist nicht unbedingt abhängig vom Wunsch von Männern mehr Familienaufgaben zu übernehmen. Er sollte daher gestrichen werden.

Ä4 D – Was Freiheit schützt

Antragsteller*in: Harald Wölter (KV Münster)

Text

Von Zeile 398 bis 401:

Um selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, wollen wir eine stärkere Förderung von selbstständigem Wohnen, inklusivem Leben und Arbeiten. Dazu wollen wir ~~unter anderem~~ die Teilnahme am regulären Arbeitsmarkt fördern und konsequent ausbauen. Ziel ist ein inklusiver Arbeitsmarkt für alle. Zudem wollen wir das Werkstättensystem auch in Hinblick auf eine inklusive Ausrichtung reformieren – denn sozialer Schutz und Mindestlöhne müssen auch für Menschen mit Behinderung gelten.

Der bedarfsgerechte Ausbau von bezahlbaren barrierefreien und behindertengerechten Wohnungen sowie von selbstbestimmten Wohnformen für Menschen mit umfassenden Unterstützungsbedarf ist und bleibt eine zentrale Aufgabe bei der Umsetzung der UN-BRK.

Begründung

Dem Inklusionskapitel fehlt eine deutliche Ausrichtung hin zum Inklusiven Arbeitsmarkt, stattdessen wird insbesondere auf eine Verbesserung im Werkstättensystem abgehoben. Auch fehlt es an Aussagen zum aktuell größten Problem für vielen, dem weiterhin bestehenden Mangel an geeigneten und bezahlbaren barrierefreien und behindertengerechten Wohnungen.

Ä5 D – Was Freiheit schützt

Antragsteller*in: Philipp Mathmann

Text

Von Zeile 287 bis 292:

~~Die Hälfte der Macht~~Gleichberechtigte Teilhabe zur Realität werden lassen

~~Solange Frauen in Schlüsselbereichen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft nicht angemessen vertreten sind, ist die Demokratie nicht vollständig. Auch in Europa müssen wir immer noch mit der Lupe suchen, um Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen zu finden. Wir begrüßen, dass die Richtlinie zu Führungspositionen nun endlich in Kraft treten konnte.~~Frauen und andere unterrepräsentierte Gruppen müssen in Schlüsselbereichen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft angemessen vertreten sein. Eine Demokratie ist ansonsten nicht vollständig. Wir begrüßen, dass die EU-Führungspositionen-Richtlinie nun endlich in Kraft treten konnte, denn verbindliche Quoten sind ein effektives Mittel, um Führungsgremien in Wirtschaft und Politik

Begründung

Dieser Änderungsantrag ist in der Schreibgruppe des KV entstanden.

Nicht nur Frauen, sondern auch andere Gruppen sind nicht ausreichend in Führungspositionen vertreten. Entsprechend sollten diese an dieser Stelle Erwähnung finden. Der zweite Satz wirkt im Anschluss an den ersten etwas willkürlich formuliert, wirkt zu emotional für eine anschließende sachliche Forderung der Umsetzung einer EU-Richtlinie und kann daher entfallen.

Ä6 D – Was Freiheit schützt

Antragsteller*in: Philipp Mathmann

Text

Von Zeile 325 bis 331:

Religion und Glauben ~~haben eine integrative Kraft in der Gesellschaft und~~ sind Bestandteil unserer Kulturen. Sie sind die Grundlage vieler Gemeinden und Einrichtungen, die zum Zusammenhalt beitragen. Religionsfreiheit ~~ist~~ sichert konstitutiv ~~für~~ eine vielfältige und freie Gesellschaft. Menschen, die aufgrund ihres Glaubens oder ihrer Weltanschauung verfolgt werden, verdienen unseren Schutz. Wir wollen den interreligiösen Dialog vertiefen und ~~Gemeinden~~ Gemeinschaften dabei unterstützen, Menschen verschiedenen Glaubens miteinander in Kontakt zu bringen. Wir sind überzeugt, dass im gegenseitigen Respekt und im Dialog auf Augenhöhe unser

Begründung

Dieser Änderungsantrag ist in der Schreibgruppe des KV entstanden.

Religion hat nicht nur integrative Kraft, ist aber sicher Bestandteil unserer Kulturen. Der erste Satz sollte daher auf diesen unstrittigen Punkt begrenzt werden.

Der zweite kleinere Teil der Änderung ist sprachlicher/redaktioneller Natur.

Im letzten Punkt wurde das Wort "Gemeinden" durch "Gemeinschaften" ersetzt, da dies eine größere Vielfalt von Glaubensgemeinschaften einbezieht.

Ä7 D – Was Freiheit schützt

Antragsteller*in: Simon Haack (KV Münster)

Text

Von Zeile 541 bis 545:

dass sich Migrant*innen durch eine gelebte Ankommens- und Willkommenskultur schnell bei uns einleben und gern bei uns leben. ~~Denn eine aktive Willkommenskultur macht uns auch als Wirtschaftsstandort attraktiv. Dazu gehört es auch, Rassismus und Ausgrenzung entgegenzutreten, die nicht zuletzt Europas Wohlstand schaden.~~ Dafür müssen wir Rassismus und Ausgrenzung aktiv entgegnetreten, denn eine aktive Willkommenskultur macht uns auch als Wirtschaftsstandort attraktiv. Um Angebote für eine gute und schnelle Integration vor Ort zu unterstützen, wollen wir den kommunalen Integrationsfonds

Begründung

Auch wenn ich den Grundgedanken verstehe, halte ich es für grundfalsch beim Thema Rassismus auf Europas Wohlstand zu fokussieren. Rassismus und Ausgrenzung schadet zunächst einmal in extremem Maße den Betroffenen, der Wohlstand der EU ist dabei allenfalls nebensächlich.

Ä8 D – Was Freiheit schützt

Antragsteller*in: Simon Haack (KV Münster)

Text

Von Zeile 602 bis 604 einfügen:

ausbauen. Gleichzeitig bedarf es einer engmaschigen parlamentarischen Kontrolle von Frontex-Einsätzen und einer systematischen Menschenrechtsbeobachtung vor Ort. Frontex muss alle Unterstützungseinsätze, die europäischen Menschenrechtsstandards nicht genügen, konsequent und zeitnah beenden. Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen benötigen jederzeit Zugang zu den Geflüchteten und den

Begründung

Grundsätzlich ist Frontex verpflichtet, seine Einsätze zu beenden, wenn es in diesen zu Menschenrechtsverletzungen wie beispielsweise Pushbacks kommt. Vor dieser Pflicht verschließt Frontex aber bisher konsequent die Augen. Das muss sich ändern.

Ä9 D – Was Freiheit schützt

Antragsteller*in: Simon Haack (KV Münster)

Text

Von Zeile 624 bis 626 einfügen:

mit besonderen menschlichen Härten verbunden. Wir wollen, dass die freiwillige Rückkehr Vorrang vor zwangsweisen Rückführungsmaßnahmen hat. Deshalb setzen wir uns für eine nicht-staatliche, europaweite, ergebnisoffene und unabhängige Rückkehrberatung ein.

Begründung

Eine Rückkehrberatung kann nur dann die Bedürfnisse der betroffenen Menschen in den Mittelpunkt stellen, wenn sie nicht von den Stellen ausgeführt wird, die ein Interesse an der erfolgreichen Ausreise von möglichst vielen Menschen haben.

Ä10 D – Was Freiheit schützt

Antragsteller*in: Simon Haack (KV Münster)

Text

Von Zeile 627 bis 629 löschen:

Klar ist auch, dass Menschen nicht in Staaten abgeschoben werden dürfen, in denen ihnen Menschenrechtsverletzungen oder eine ~~erhebliche~~ Gefahr für Leib und Leben drohen. Eine Rückführung darf nur in Länder erfolgen, zu denen die betroffene Person eine klare

Begründung

Eine Gefahr für Leib und Leben ist aus meiner Sicht absolut ausreichend, um Menschen Schutz zu gewähren, erheblich muss diese aus meiner Sicht nicht sein.

Ä11 D – Was Freiheit schützt

Antragsteller*in: Simon Haack (KV Münster)

Text

Von Zeile 690 bis 692:

Ein starker Raum der Freiheit und Freizügigkeit braucht handlungsfähige Institutionen, die Recht und Demokratie schützen, und er braucht ~~Männer und Frauen~~ **Menschen**, die oft unter großem persönlichen Einsatz diesen Auftrag erfüllen. Kriminalität findet grenzüberschreitend statt

Begründung

Dass es nicht nur Männer und Frauen gibt, ist uns hoffentlich allen bewusst, deshalb sollten wir andere Lebensrealitäten hier auch nicht ignorieren.

Ä12 D – Was Freiheit schützt

Antragsteller*in: Ali Saker (KV Münster)

Text

Von Zeile 613 bis 614 einfügen:

den Fluchtweg machen, müssen wir besser vor kriminellen Strukturen schützen. Sie müssen kindergerecht untergebracht und versorgt werden. Queere Geflüchtete benötigen besondere Schutzräume. Sie brauchen Menschen, insbesondere Dolmetschende, die geschult sind und sensibel und respektvoll mit queeren Lebensrealitäten umgehen können. Es ist für queere Geflüchtete besonders schwer, Verfolgung auf Grund ihrer geschlechtlichen Identität, ihrer sexuellen oder romantischen Orientierung zu belegen und damit den ihnen zustehenden Schutz zu erlangen. Oftmals sprechen sie aus Angst oder anderen Gründen nicht über ihre eigene Identität. Besonders schutzbedürftig sind queere Familien, deren Zusammengehörigkeit nicht überall anerkannt ist. Dafür braucht es klare Richtlinien und geschultes Personal an den Außengrenzen.

Ä13 D – Was Freiheit schützt

Antragsteller*in: Ali Saker (KV Münster)

Text

Von Zeile 390 bis 391 einfügen:

begründete Elternschaft, eingetragene Partnerschaft oder gleichgeschlechtliche Ehe in der gesamten Union anerkannt wird.

Darüberhinaus setzen wir uns für eine Vereinheitlichung der Rechte von queeren Menschen wie dem Selbstbestimmungsrecht für trans Personen und die gleiche Rechte schaffende Öffnung der Ehe ein. Zwei-Mütter-Familien müssen überall gleichgestellt und die Elternschaft beider Partner*innen in queeren Familien, gleichwelchen Geschlechts sich die Eltern zuordnen, automatisch anerkannt werden. Regenbogenfamilien brauchen EU-weit eine diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung, auch während der Geburt.

Ä14 D – Was Freiheit schützt

Antragsteller*in: Raimund Köhn

Text

Von Zeile 584 bis 586 löschen:

~~Ein gemeinsamer Schengen-Raum braucht kontrollierte Außengrenzen. Denn für die Freiheit und Sicherheit im Inneren müssen wir zuverlässig wissen und kontrollieren können, wer nach Europa kommt.~~

Begründung

Diese Zeilen widersprechen Grüner Asylpolitik und sogar dem Absatz davor.

Ä16 D – Was Freiheit schützt

Antragsteller*in: Raimund Köhn

Text

Von Zeile 617 bis 619:

Asylverfahren. Wir fordern, dass sie dabei Zugang zu unabhängigen Asylberatungen haben, um ihre Rechte zu kennen und durchzusetzen. ~~Auch im Rahmen von möglichen Grenzverfahren~~ mus~~Schnellverfahren an den Außengrenzen lehnen wir ab. Alle geflüchteten Menschen haben einen Anspruch auf~~ eine unabhängige Rechtsberatung ~~gewährleistet sein~~in den EU-Ländern.

Ä15 D – Was Freiheit schützt

Antragsteller*in: Raimund Köhn

Text

Von Zeile 633 bis 634 einfügen:

Sie darf nicht von finanzieller Unterstützung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit abhängig gemacht werden. Alle Abkommen müssen das Prinzip der Rechtstaatlichkeit stärken und die Sicherheit aller, z.B. auch queerer Menschen garantieren. Da diese Garantien aktuell in vielen Staaten nicht garantiert werden können, sprechen wir uns für die Aussetzung der Ausweitung weiterer „sicherer Herkunftsstaaten“ in der EU und Deutschland aus.